

## Vermerk der Abteilung für Politik des luxemburgischen Außenministeriums (1. Oktober 1969)

**Legende:** Im Zusammenhang mit dem Gipfeltreffen in Den Haag verfasst die Abteilung für Politik des luxemburgischen Außenministeriums am 1. Oktober 1969 einen Vermerk für den Außenminister Gaston Thorn, in dem sie die Europapolitik der Sechs analysiert.

**Quelle:** Archives Nationales du Luxembourg, Luxembourg. Coopération politique européenne-Questions fondamentales. Conférence au Sommet 1969, AE 15442.

**Urheberrecht:** (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU  
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/vermerk\\_der\\_abteilung\\_fur\\_politik\\_des\\_luxemburgischen\\_aussenministeriums\\_1\\_oktober\\_1969-de-2743148e-9a4b-4246-9231-9f71c42ef8c5.html](http://www.cvce.eu/obj/vermerk_der_abteilung_fur_politik_des_luxemburgischen_aussenministeriums_1_oktober_1969-de-2743148e-9a4b-4246-9231-9f71c42ef8c5.html)



**Publication date:** 05/07/2016

## Vermerk der Abteilung für Politik des luxemburgischen Außenministeriums (1. Oktober 1969)

### Vermerk für den Außenminister

Betreff: Position der verschiedenen Länder zum nächsten Gipfeltreffen vor dem Hintergrund des Austauschs beim Arbeitessen der Minister am 15. September 1969, der Sitzung des Ausschusses COCOPO am 16. September und der jüngsten bilateralen Kontakte.

#### Frankreich:

Die Außenpolitik des Generals de Gaulle wurde manchmal als „Politik der freien Hand“ oder auch als „Politik des großen Plans“ beschrieben. Diese Bezeichnung würde nicht nur auf die französische Politik passen, sondern auch auf die Politik, die Frankreich gerne gemeinsam mit seinen europäischen Partnern betreiben würde. Diese Politik der „Unabhängigkeit“ hat Frankreich zu Recht oder zu Unrecht isoliert.

(i) Während Frankreich lange als Grund für die europäischen Enttäuschungen galt, versucht es unter einer neuen Regierung, das Vertrauen der Partner wiederzugewinnen. Minister Schumann räumte diesem Punkt beim Arbeitessen einen besonderen Platz ein: „Wenn man von dem guten Willen der neuen französischen Regierung nicht überzeugt ist, sollten wir die Debatte lieber beenden; wenn das Misstrauen der Vergangenheit nicht aufhört, sollten wir auf den Gipfel verzichten“.

(ii) Zumindest den offiziellen Darstellungen zufolge betrachtet die neue französische Regierung die Vollendung des Gemeinsamen Marktes als „ein Phänomen, das nicht nur von wirtschaftlicher, sondern auch von politischer Tragweite ist“ (Schumann vor der UN-Generalversammlung); nach der französischen Formel des dreifachen Ziels haben die Vollendung und Vertiefung des Gemeinsamen Marktes Priorität vor der Erweiterung; zunächst müsse man „aus dem Europa der Sechs eine einheitliche Realität machen, die eine notwendige Vorbedingung und solide Grundlage für jede politische Union ist“ (Präsident Pompidou in Bonn). In diesem „gemeinschaftlichen“ Ansatz spiegelt sich – nicht zum ersten Mal – der Aspekt der „Flucht nach vorn“ der französischen Europapolitik wider. Gebremst wurde immer dann, wenn Frankreich von den Partnern zu brutal mit dem Problem der Erweiterung konfrontiert wurde.

(iii) Nach offiziellen Angaben schließe die französische Regierung die Erweiterung nicht aus, aber man müsse von gegebenen Tatsachen ausgehen: „Es ist nicht in unserem Sinne, aus dem Europa mit sechs Mitgliedsländern eine für immer geschlossene Einheit zu machen. Die Frage der Erweiterung steht im Raum, und Frankreich wird ihr nicht ausweichen, sofern der Übergang zur letzten Phase abgeschlossen ist und die sechs Sechs untereinander offen über die Modalitäten und die Folgen dieser Erweiterung debattieren konnten“ (Pompidou in Bonn). Frankreich verschließt sich nicht von vornherein den Auswirkungen einer Erweiterung auf das Wesen und die Funktionsweise der Gemeinschaft, aber „diese Konsequenzen müssen von denjenigen, die die Initiative zur Einigung ergriffen und damit Erfolg gehabt haben, klar erfasst und aufgezeigt werden“ (ebenda). Schumanns Äußerungen bei dem Arbeitessen gingen in dieselbe Richtung: Vor der UN-Generalversammlung der UNO sagte er, dass es zahlreiche Bewerbungen für ein Assoziierungsabkommen und sogar für den Beitritt gebe und es nicht nur denkbar, sondern sogar sehr wünschenswert sei, wenn sie Erfolg hätten.

(iv) Aber nach gaullistischer Tradition will dieses offizielle Frankreich „eine Gemeinschaft, die frei über ihr Schicksal bestimmt“ (Schuman ebenda), also unabhängig, um „nach und nach die bedauerliche Spaltung zu überwinden, die ungeachtet einer zweitausendjährigen Geschichte einen Teil Europas vom anderen trennt“ (ebenda). Daher sei „Frankreich entschieden gegen eine Blockpolitik und sehe heute in der französischen Unabhängigkeit genau wie eines Tages ... in einem europäischen, das heißt einem unabhängigen Europa einen wesentlichen Faktor für die Sicherheit in diesem Teil der Welt“ (Pompidou in Bonn).

Diese Politik der (französischen und europäischen) Unabhängigkeit war in der Vergangenheit einer der Gründe für den Widerstand Frankreichs gegen den Beitritt Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt: Mit Großbritannien und den nachfolgenden Ländern würde der Gemeinsame Markt auf lange Sicht eine große

Freihandelszone werden, die zwar wirtschaftlich erfolgreich wäre, aber politisch von der Atlantischen Allianz vereinnahmt würde und zu einer wirklich unabhängigen Politik nicht in der Lage wäre. Diese Politik oder diese Vorstellung von der Welt, die in der Vergangenheit übertrieben vertreten wurde, ist die Ursache für die europäischen Missverständnisse und die Isolation Frankreichs: Kann Frankreich seine Partner auf dem Gipfel überzeugen, dass seine Absichten nicht rein nationalistischer Natur sind, selbst wenn, wie Couve de Murville es sich wünscht, die Kontinuität des Gaullismus in der Außenpolitik am sinnvollsten wäre (am 19.9.1969 vor der Parteiführung der U.N.R.)?

### Die Niederlande

Die niederländische Politik könnte im Vergleich zu der Frankreichs als genau entgegengesetzt bezeichnet werden. Die Niederlande fühlen sich in einer Gemeinschaft mit sechs Mitgliedsländern, in der Großbritannien fehlt, nicht wohl. Als Mitglied der NATO kann sich das Land eine europäische Politik außerhalb des Rahmens der NATO nur schwer vorstellen. („Das Konzept eines politisch-militärischen Europas ist zurzeit nicht annehmbar“, so Luns vor der zweiten Kammer am 10. September 1969).

(i) Die Erweiterung hatte für die Niederlande immer Priorität, seit sie der Gemeinschaft der Sechs fast versehentlich beigetreten waren. Von den sechs Mitgliedstaaten waren die Niederlande (mit Erhard) in den Jahren 1957/1958 am meisten an der Freihandelszone interessiert; nach dem Inkrafttreten des EWG-Vertrags waren sie am entschiedensten gegen die politischen Treffen zu sechst, zunächst gegen die vierteljährlichen Treffen der Außenminister, die im November 1959 in Straßburg beschlossen wurden, dann den Gipfeltreffen (der Gipfel in Bonn, der für Mai 1961 vorgesehen war, wurde mehrmals wegen der niederländischen Vorbehalte verschoben); sie waren es auch, die zu der Zeit, als die Europapolitik der V. Republik noch nicht genau definiert worden war (oder sich nach außen hin weniger streng zeigte), von Anfang an die Verhandlungen über den Fouchet-Plan blockierten: Die Teilnahme der Briten war ihnen wichtiger als Fortschritte auf dem Gebiet der politischen Zusammenarbeit oder, besser ausgedrückt, die eine bedingte die andere.

(ii) Um die Widersprüche der Europapolitik der Niederlande - die gemeinschaftliche, föderale und supranationale Elemente enthält – zu verstehen, müsste man das niederländische Temperament und die Vergangenheit des Landes von Grotius, dessen innerer Kontext es ständig dazu veranlasst, sich auf große Prinzipien zu beziehen, genauer analysieren. So hat jemand gesagt: Wenn Monnet und Robert Schuman in Frankreich an der Macht wären, wäre Holland der tote Punkt der sechs Mitgliedsländer (der amerikanische Autor Bodenheimer).

(iii) Die niederländische Regierung hat nur deswegen eingewilligt, am nächsten Gipfeltreffen teilzunehmen, weil sie sich zwei Argumenten nur schwer verschließen konnte: Frankreich muss die Gelegenheit erhalten, in den Kreis der Sechs zurückzukehren; die anderen fünf EG-Mitglieder befürworten einen Beitritt Großbritanniens (dies lässt man zumindest verlauten), und der Gipfel ist ein Mittel, um in diese Richtung Druck auszuüben. Die Niederlande scheinen den Gipfel in der Tat unter dem Blickwinkel des britischen Beitritts zu betrachten („man müsse dort besonders klar auf das Problem der Erweiterung eingehen“, so de Ranitz während der Sitzung des Ausschusses COCOPO am 16.9.1969). Wie Luns am 13. September 1969 bei den niederländisch-luxemburgischen Gesprächen im Catshuis sagte: „Ein Schritt in die Richtung einer politischen Zusammenarbeit wird ohne eine Entscheidung über die Erweiterung nicht möglich sein.“

### Belgien

Die belgische Europapolitik ist schwieriger zu beschreiben. Belgien ist aufrichtiger „gemeinschaftlich“ und steht treu zum nordatlantischen Bündnis, so wie es in den fünfziger Jahren entstanden ist; es ist für eine Politik der Öffnung gegenüber den Ländern im Osten, viel mehr als beispielsweise die Niederlande (vgl. die Diskussion im COCOPO-Ausschuss).

In Bezug auf die Erweiterung und insbesondere den Beitritt Großbritanniens ist Belgien dem Beispiel der Niederlande gefolgt. Die Diskussion auf dem Gipfel ist dementsprechend angelegt: Spricht man von einer Vertiefung, so muss dies Herrn Harmel zufolge vor dem Hintergrund einer späteren Erweiterung getan

werden; die sechs Mitgliedsländer müssten bekräftigen, dass es keine politischen Bedenken gegen diese Erweiterung gibt. Herr Harmel willigt (beim Arbeitessen) ein, dass die Sechs die allgemeinen Bedingungen für Verhandlungen festlegen, aber sie müssten sich darauf einigen, möglichst bald ein Datum für ihren Beginn festzulegen. In den Ausführungen des Vicomte Davignon im COCOPO-Ausschuss kommt eine strengere Haltung zum Ausdruck: Den Franzosen dürfe man nicht trauen, die Kommission müsse beim Gipfel mit allen Befugnissen, über die sie im Rahmen des EWG-Ministerrates verfügt, zugegen sein. Im Gegensatz zu Harmel „politisiert“ Davignon die Frage, die nicht zu sehr auf der fachlichen Ebene der Ständigen Vertreter diskutieren werden sollte. Davignon verspricht, die Frage in einem Arbeitsdokument, das der luxemburgischen und niederländischen Regierung vorgelegt werden soll, zu „entmystifizieren“.

### Bundesrepublik Deutschland

Die Europapolitik Deutschlands wird von zwei Elementen dominiert: Die Unterzeichnung des EGKS-Vertrags stellt für Deutschland einen Wendepunkt dar, der die Rückkehr in die internationale Staatengemeinschaft markiert; durch den Beitritt Deutschlands zur WEU und zur NATO wird diese Rückkehr gefestigt. Unter diesem Aspekt ist die Bundesrepublik europäisch „von Geburt an“ und „atlantisch“ durch seine Einbindung in das westliche Verteidigungsbündnis (auch wenn sie keine „Provinz der NATO“ ist, wie es ein enger Berater Präsident Kennedys noch behauptete). Ihre Politik bewegt sich zwischen diesen beiden Polen: Anfang der Sechziger unter Adenauer war sie vorübergehend versucht, Frankreich auf dem Weg eines politisch „kooperierenden“ und unabhängigeren Europa zu folgen, unter Erhard tendierte sie später mehr zur NATO und zum Freihandel.

Die große Koalition schwankte weiterhin zwischen diesen Polen. Das einzige neue Element könnte sich in Form einer neuen Politik gegenüber dem Osten zeigen.

In Bezug auf das Gipfeltreffen ist die deutsche Position im Großen und Ganzen flexibel. Sie unterstützt das französische Verfahren, unternimmt aber gleichzeitig Versuche, einen Kompromiss zu finden: Beim Arbeitessen in Brüssel zieht Minister Brandt die Anwesenheit der Kommission bei dem Gipfel an beiden Tagen vor, willigt aber in den Vorschlag Frankreichs ein, dass die Kommission nur am Vormittag des zweiten Tags teilnimmt; nach Brandts Willen muss auf dem Gipfel auch ein Meinungsaustausch über die politische Entwicklung in Richtung einer Koordinierung der Außenpolitiken stattfinden (die Normalisierung innerhalb der WEU ist für ihn nicht ausreichend); der Kommissionsbericht muss die Diskussionsgrundlage für die Erweiterung darstellen; die öffentliche Meinung verlangt die Festlegung eines Termins für die Aufnahme der Verhandlungen mit Großbritannien (z. B. im nächsten Frühjahr); die internen Probleme der EWG sollen beim Gipfel nicht vertieft werden, es handelt sich dabei um fachliche Fragen, die von den Ständigen Vertretern im Vorfeld der Ministerräte zu klären sind.

### Italien

Anfang der 60er Jahre befürwortete Italien die Gipfeltreffen. Bei den Verhandlungen um den Fouchet-Plan war die italienische Delegation (insbesondere Botschafter Cattani) besonders daran interessiert, Kompromisse zu finden, was schließlich die niederländische und die belgische Delegation in hohem Maße verstimmt. Später hat sich diese Politik stark gewandelt. Dies lag wahrscheinlich am persönlichen Einfluss Nennis, der für seinen „Anti-Gaullismus“ bekannt war. Als Ende 1962 vor dem Abschluss des deutsch-französischen Freundschaftsvertrags einen Moment lang über eine „französisch-italienisch-deutsche Initiative“ nachgedacht wurde, um Druck auf die Benelux-Länder auszuüben, versicherte Nenni dem Berater des Präsidenten Kennedy, Arthur Schlesinger, dass eine solche Initiative erfolglos bleiben werde, solange er Einfluss auf die italienische Politik habe. Nenni befürwortete während des letzten Kongresses der Sozialistischen Internationalen sogar, Frankreich im Gemeinsamen Markt durch England zu ersetzen.

Die neue italienische Regierung verhält sich eher zögerlich, und ihre Position ist nicht ohne Widersprüche. Die innenpolitische Lage trägt sicher dazu bei: Die NATO scheint der einzige Garant gegen die Gefahr eines Putschversuchs sowohl seitens der Linksextremen als auch der Rechtsextremen zu sein.

Am Abend vor dem Treffen in Brüssel am 15. September trat der italienische Botschafter an Herrn Meisch

heran, um klarzustellen, dass Italien den Gipfel im Hinblick auf eine politische Prüfung der Probleme der EG akzeptiere, aber aus der politischen Zusammenarbeit der Sieben eine unerlässliche Bedingung für die Verwirklichung des französischen dreifachen Ziels mache: Dafür schein der italienischen Regierung die WEU derzeit der beste Rahmen zu sein; Italien sei gegen eine Institutionalisierung der Gipfel und gegen die Schaffung eines politischen Sekretariats zu deren Vorbereitung.

Während des Arbeitssessens drückte Minister Moro sich nuancierter aus: Der Gipfel schein ihm interessant für eine neue europäische „Relance“; die Verordnung über die Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik müsse im Lichte der Erweiterung betrachtet werden; die Sechs müssten einen Zeitpunkt für den Verhandlungsbeginn mit Großbritannien festlegen; er fordert, dass Frankreich sich erneut an der WEU beteilige. Ansonsten sähe Moro in dem Gipfel nur eine Verzögerungsmaßnahme.

### Luxemburg

Der luxemburgische Standpunkt in Bezug auf den nächsten Gipfel, wie ihn Minister Thorn beim gemeinsamen Essen am 15. September definiert hat, kann wie folgt zusammengefasst werden: Wir wollten Frankreich nichts unterstellen, aber wenn man zu dem Gipfel gehe, müsse es eine minimale Chance für einen Erfolg geben. Im Bereich der Landwirtschaft muss ein Beschluss gefasst werden, der jedoch keine erweiterte Gemeinschaft in die Pflicht nehmen kann; es ist unmöglich, vorherzusehen, wie die Agrarpolitik und ihr Finanzierungssystem nach einem Beitritt anderer Länder aussehen werden, was einen nicht davon abhalten sollte (so denkt auch Minister Harmel), eine provisorische Lösung zu suchen. Im Übrigen müssen die sechs EG-Mitglieder klar erklären, dass es keine Vorurteile und keine politischen Hindernisse in Bezug auf die Erweiterung gibt; ein ungefähres Datum für den Beginn der Verhandlungen muss ins Auge gefasst werden. Wenn die detaillierte Vorbereitung des Gipfeltreffens keine Vorbedingung ist, wird es die öffentliche Meinung jedoch schwer verstehen, wenn die Unterlassung in diesem Bereich verhindert, dass der Gipfel seine volle Wirkung entfaltet: Es bedarf daher eines Mindestmaßes an Vorbereitung. Herr Luns, dessen Land derzeit die Präsidentschaft wahrnimmt, könnte diese Aufgabe übernehmen und im Oktober Bericht erstatten.

Abteilung für Politik  
Luxemburg, 1. Oktober 1969